



## SATZUNG

## PLANZEICHENERKLÄRUNG

- C. FÜR DIE HINWEISE DURCH PLANZEICHEN; NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME**

- #### D. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- ### Teil A (Baugebiet)

- 2. Art der baulichen Nutzung**
- 2.1 Das im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegende Gebiet wird als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung "Feuerwehr und Bauhof" festgesetzt.
- 2.2 Das Bauland innerhalb der festgesetzten Gemeinbedarfsfläche (= östlicher Teilbereich) wird als Sonstiges Sondergebiet "Feuerwehr" gem. 11 Abs. 2 BauNVO festgesetzt. Darin ist die Errichtung der Feuerwehr zulässig.
- 2.3 Das Bauland im westlichen Teilbereich wird als Sonstiges Sondergebiet "Bauhof" gem. 11 Abs. 2 BauNVO festgesetzt. Darin ist die Errichtung des gemeindlichen Bauhofes zulässig.
- 2.4 Eine Transformatorstation mit einer Grundstücksgröße bis 35 m<sup>2</sup>, die durch eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Bayerwerk Netz GmbH zu sichern ist, ist auch außerhalb der Baugrenzen zulässig (§ 19 Abs. 1 Nr. 12a BldgB), jedoch nicht in den Ausgleichsflächen gem. Ziff. B.15 und in den Sichtdreiecken gem. Ziff. B.9.
- 3. Maß der baulichen Nutzung**
- 3.1 Die in der Planzeichnung eingezeichneten Grund- und Geschosslächenzahlen sind einzuhalten.
- 3.2 Für die Grundflächen gem. § 19 Abs. 4 BauNVO wie Garagen, Nebenanlagen, offene Stellplätze sowie deren Zufahrten und Übungsflächen Feuerwehr kann die festgesetzte Grundflächenzahl von 0,40 um bis zu einer GRZN von 0,70 überschritten werden.
- 4. Bauweise, Grenzabstände, Abstandsflächen**
- 4.1 Hauptgebäude und Garagen sind nur innerhalb der Baugrenzen zulässig. Stellplätze, Nebenanlagen und Übungsflächen der Feuerwehr sind auch außerhalb gem. in der Ziff. B.7. festgelegten Flächen zulässig.
- 4.2 Bei Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes kann an die Baugrenzen gebaut werden.

- ## Gestaltung der Gebäude (Hauptgebäude einschließlich Garagen und Nebengebäude)
- 5.1 Die Gebäude sind mit geeigneten Dächern zu errichten, alternativ ist auch ein Flachdach zulässig.
- 5.2 Für die Feuerwehr ist bei Einhaltung der Wand- und Firsthöhen auch eine Sonderdachform in geschwungener Form zulässig.
- ## 6. Höheneinstellung der Gebäude
- 6.1 Bezugspunkt für die Bestimmung der Wand- und Firsthöhen ist die festgesetzte Höhe gem. Ziff. B 20 (= Oberkante Erdgeschossfußboden).  
*Hinweis: Als Wandhöhe gilt das Maß von dem Bezugspunkt (Ziff. B 20) bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachnaht oder bis zum oberen Abschluss der Wand gemessen an der Wandaußenseite.*
- ## 7. Aufschüttungen und Abgrabungen, Stützmauern
- 7.1. Das natürliche Gelände ist möglichst zu erhalten; dies gilt insbesondere am Geltungsbereichsrand. Der Geländeanschluss an das jeweilige Nachbargrundstück oder an öffentliche Verkehrs- oder Grünflächen muss daher ohne Stützmauern erfolgen.
- 7.2. Auffüllungen sind zulässig mit Anpassung des Geländes zur Erreichung der festgelegten Höhenkoten des Gebäudes, wobei die zwei festgelegten Höhen von 445,50 und 444,00 m jeweils OK Fußboden einzuhalten sind. Auffüllungen sind bis zu 1,50 m Höhe im entstehenden rückwärtigen Hofraum in Verbindung mit einer festgelegten Höhe von max. 442,50 m üNN zulässig. Abgrabungen sind zulässig im Bereich der südlichen Stellplatzzufahrt bis zu max. 1,50 m; darüber sind Abgrabungen zulässig im Bereich der dargestellten Rückhaltebereiche für unvermutschten Oberflächenwasser bis zu 1,50 m.
- 7.3. Böschungen dürfen ein Steigungsverhältnis von 1 zu 2 (Höhe zu Breite) nicht überschreiten.
- ## 8. Einfriedungen und Versorgungsleitungen
- 8.1. Einfriedungen an den öffentlichen Verkehrsflächen sind als Metallzäune zu errichten.
- 8.2. Die Oberkante des Zaunes darf eine Höhe von 2,0 m über Gelände nicht überschreiten, wobei 15 cm Bodentfreiheit für Kleintiere wie Igel freizuhalten sind.
- 8.3. Zaunscockel zur Straßenseite sind nur zulässig, wenn sie entweder bodenoben oder nicht sichtbar sind. Zwischen den Grundstücken und zum Außenbereich sind Zaunscockel unzulässig.
- 8.4. Kabelverteilerschränke sind so auf den Grundstücken aufzustellen, dass ihre Vorderseite bündig mit der Einfriedung abschließt.
- 8.5. Alle Ver- und Entsorgungsleitungen (auch: Telekommunikationsleitungen) sind unterirdisch zu verlegen.
- ## 9. Stellplätze für Pkw, Zufahrten, befestigte Grundstücksflächen
- 9.1. Betreffend Stellplätze ist die Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze (GaStellV) vom 30. November 1993 (GaStellV 1993; GVBl. S. 433, BayRS 2132-1-I) anzuwenden. Die erforderliche Zahl der Stellplätze bemisst sich nach der Anlage zur Garagen und Stellplatzverordnung. Die ausgewiesenen Stellplätze können angerechnet werden.
- 9.2. Die Ausführung des Belages hat mit wasserdurchlässigem Material zu erfolgen.  
Ein Abbleiten des Oberflächenwassers auf öffentliche Verkehrsflächen ist unzulässig.
- ## 10. Grünordnung, Freiflächengestaltung
- ### 10.1 Pflanzgebot und Bindung für Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB
- Als Mindestfläche für Baumscheiben sind spätestens in der Planperiode nach Abschluss der Bauarbeiten im jeweiligen Baugrundstück durchzuführen, abgängige Pflanzen sind spätestens in der darauf folgenden Planperiode zu ersetzen. Bei den Pflanzmaßnahmen sind die für die Grenzabstände geltenden Bestimmungen zu beachten. Durch entsprechende Pflege ist dafür zu sorgen, dass die Nutzbarekeit der Flurwege dauerhaft erhalten bleibt.
- ### 10.2 Pflanzung von Bäumen
- Als Mindestfläche für Baumscheiben gelten innerhalb Belagsflächen 8 m2. Die Oberflächen der Baumscheiben sind als Grünflächen aufzubereiten.
- ### 10.3 Grünflächen
- 10.3.1 Am südlichen Ende des Geltungsbereichs sind Eichen gemäß Pflanzenliste 3 mit einem durchschnittlichen Abstand von 12,5 m zu pflanzen. Zusätzlich sind hier auf 70% der Grundstücksgrenzlinie Sträucher gemäß Pflanzenliste 1 in zwei gegeneinander versetzten Reihen zu pflanzen. Auf den verbleibenden Flächen sind im dargestellten Umfang weitere naturnahe Feldhecken zu pflanzen. Hierzu sind Sträucher gemäß Pflanzenliste 1 in mindestens drei Reihen zu pflanzen. Bäume gemäß Pflanzenlisten 2 und 4 sind in die Pflanzungen einzustreuen.
- 10.3.2 Am Nordrand des Geltungsbereichs sind im dargestellten Umfang eine mindestens zweireihige Hecke aus Pflanzungen zu errichten.
- 10.3.3 Die Grünflächen im Nordosten und Nordwesten des Geltungsbereichs sind zur Versickerung des unvermutschten Regenwassers, das auf den Bau- und Verkehrsflächen anfällt, zu nutzen. Hierzu sind naturnahe Sickermulden und Regenklärbecken anzulegen. Stellenweise ist die Entwicklung von Rohricht durch Initialpflanzungen in der Wasserwechsellzone zu fördern. Die Ränder der wechselseitigen Mulden sind stellenweise mit standortgemäßen Gehölzen (Bäume und Sträucher) in lockerer Anordnung naturnah zu pflanzen. Hierzu sind Bäume der Pflanzenliste 5 im planlich festgelegten Umfang zu pflanzen.
- 10.3.4 Am Ostrand des Geltungsbereichs sind straßenbegleitend Laubbäume gemäß Pflanzenliste 2 im planlich dargestellten Umfang zu pflanzen.
- ### 10.4 Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
- 10.4.1 Maßnahmen- und Ausgleichsfläche A1 (Waldrand mit Extensivweiese)  
Vor dem südlich angrenzenden Waldbestand am Südrand des Geltungsbereichs ist ein naturnah gestaltert nachzulesen. Angesichts der für die Ökotoxikologie anrechenbaren Verzinnsung (30%) wird hierzu nur eine tatsächliche Fläche von 1.501 m2 benötigt.
- 10.4.2 Ausgleichsfläche A2 (externe Ausgleichsfläche)  
Der Ausgleichsbedarf, der nicht durch Aufwertungsmaßnahmen im Süden des Baugebiets (Geltungsbereichs A) nachzulesen werden kann, wird durch die für die Ökotoxikologie anrechenbare Verzinnsung (30%) wird hierzu nur eine tatsächliche Fläche von 1.501 m2 benötigt.
- ### 10.5 Mindestpflanzqualität
- Pflanzenliste 1:  
- Sträucher: 5 bis 7 Triebe, zweimal verpflanzt, Höhe: 60 bis 100 cm.  
Pflanzenliste 2:  
- Laubbäume, Hochstamm, dreimal verpflanzt, Stammumfang 14 bis 16 cm.  
Pflanzenliste 3:  
- Laubbäume, Hochstamm, dreimal verpflanzt, Stammumfang 18 bis 20 cm.  
Pflanzenliste 4:  
- Heister, zweimal verpflanzt, Höhe: 125-150 cm  
Pflanzenliste 5:  
- Laubbäume, Hochstamm, dreimal verpflanzt, Stammumfang 14 bis 16 cm.  
Innerhalb von Ausgleichsflächen ist ausschließlich autochthone Pflanzware zu verwenden.
- ### 10.6 Pflanzenlisten
- Pflanzenliste 1  
Sträucher für Eingrünung sowie Waldrand  
Stylis avellana  
Crataegus monogyna  
Frangula alnus  
Ligustrum vulgare  
Lonicera xylosteum  
Prunus spinosa  
Rosa arvensis  
Rosa canina  
Salix cinerea  
Hase  
Weißdorn  
Faulbaum  
Liguster  
Heckenkirsche  
Schlehdorn  
Weißdorn  
Hundsrose  
Grauweide
- Pflanzenliste 2  
Bäume für Eingrünung  
Acer platanoides  
Acer pseudoplatanus  
Betula pendula  
Carpinus betulus  
Pyrus aucuparia  
Quercus robur  
Sorbus aria  
Sorbus aucuparia  
Tilia cordata  
Spitzahorn  
Bergahorn  
Sandbirke  
Hainbuche  
Vogelkirsche  
Stieleiche  
Mehlbirne  
Gewöhnliche Eberesche  
Winterlinde
- Pflanzenliste 3  
Straßenbegleitende Bäume (jeweils in Art und Sorte)  
Acer platanoides  
Carpinus betulus  
Quercus robur  
Tilia cordata  
Spitzahorn  
Hainbuche  
Stieleiche
- Pflanzenliste 4  
Bäume lt. bzw. III. Ordnung für Waldrand  
Acer campestre  
Carpinus betulus  
Malus sylvestris  
Prunus avium  
Prunus pyralis  
Salix caprea  
Sorbus aucuparia  
Feldahorn (in lichtbegünstigten Bereichen)  
Hainbuche  
Holzapfel  
Vogelkirsche  
Holzberne (in lichtbegünstigten Bereichen)  
Salweide (in lichtbegünstigten Bereichen)  
Vogelbeere
- Pflanzenliste 5  
Bäume für das Umfeld der Versickerungsmulden  
Ainus glutinosus  
Fraxinus excelsior  
Salix alba  
Ulmus laevis  
Populus tremula  
Schwarzerle  
Esche  
Salweide  
Flatterulme  
Zitterpappel, Espe
- ### 11. Ausgleichsflächen
- Für die vorgesehenen Eingriffe in Naturschutz und Landschaftsbild sind unter Anwendung des Leitfades zur Eingriffsregelung des Bayerischen Umweltministeriums 4.076 m2 Ausgleichsfläche erforderlich. Sie wird im Geltungsbereich mit 2.125 m2 nachgewiesen, extern auf der F.N. 829, GmG, Peutenhausen mit 1.551 m2 nachgewiesen. Angesichts der für die Ökotoxikologie anrechenbare Verzinnsung (30%) wird hierzu nur eine tatsächliche Fläche von 1.501 m2 benötigt.
- In die Geltungsbereich A als Kompensationsmaßnahmen geplanten Pflanzmaßnahmen sind spätestens in der Planperiode nach Realisierungsanlagen ... oder aber ... nach Beginn der Bauarbeiten für das Feuerwehrgeschäft (wie in Begründung Kap. 5) durchzuführen.
- ### 12. In-Kraft-Treten
- Der Bebauungsplan tritt mit der Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

### E. HINWEISE DURCH TEXT

1. Mit Geruchs- und Lärmimmissionen durch die Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücke und Hofstellen ist zu rechnen.
  2. Denkmalschutz: Bodendenkmäler, die bei der Verwirklichung von Bauvorhaben zutage kommen, unterliegen der Meldepflicht nach § 8 DStNG (Denkmalschutzgesetz). Die archäologische Denkmalpflege macht darauf aufmerksam, dass Bodendenkmäler, die bei der Verwirklichung des Vorhabens zutage kommen, dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, Klosterberg 8, 86672 Therapsen, Tel.: 08271/8157/157-0, unverzüglich bekannt gemacht werden müssen.
  3. Wasserverschmutzungs Auflagen (Grundwasser- und Bodenschutz, Altlasten)  
Es dürfen auf keinen Fall wassergefährliche Stoffe in den Untergrund gelangen. Dies ist besonders im Bauzustand zu beachten.
- Eine Versiegelung der Geländeoberflächen ist soweit möglich zu vermeiden. Es gilt das Versickerungsgebot, sofern der Untergrund entsprechende Durchlässigkeit aufweist und ein entsprechender Grundwasserflurabstand gegeben ist. Sollte eine Versickerung nicht möglich sein, so ist dies durch entsprechende Nachweise zu belegen. Eine Versickerung der wassergefährlichen Stoffe in den Untergrund ist zu vermeiden und ist zu verhindern. Von den Dachflächen und sonstigen befestigten Flächen abfließende Niederschlagswasser ist in Bauzustand ist grundsätzlich auf den Grundstücken breitflächig zu versickern. Eine Linienformigen (Rigolen) oder punktförmigen (Einbauten, Gießerkanäle) Versickerung ist nur dann zugestimmt wenn, wenn der Nachweis geführt wird, dass eine flächige Versickerung nicht möglich ist.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die öffentlichen Fahr- und Park-/Stillplatzanlagen in unter Beachtung des DWA-Merkblattes M 153 ebenfalls möglichst über belebte Bodenzonen (z. B. Muldenversickerung) breittreichig zu gestalten sind.

Grunderfüllend sind diese Verankerungen nach dem Regelwerk der DWA, Arbeitsblätter M 153 (Stand August 2007) und Arbeitsblatt A 138 (Stand April 2009) zu bemessen. Des Weiteren sind gegebenenfalls noch die DIN EN 12452-1 (Arbeitsblätter A 138 bis A 138-6) zu berücksichtigen. Die entsprechenden technischen Regeln für Entwurf und Ausführung von Entwässerungsanlagen im Straßenbau sind in der DIN EN 12452-1 (Arbeitsblätter A 138 bis A 138-6) bzw. die Änderung zum 11.09.2008 und die entsprechenden aktualisierten Technischen Regeln für Entwurf und Ausführung von Entwässerungsanlagen im Straßenbau (DIN EN 12452-1 (Arbeitsblätter A 138 bis A 138-6)) festgelegt.

Anzeigepfeile gemäß § 13 Abs. 3 Trinkwasserversorgung 2001 (TrinkwV 2001) hingewiesen. Gebäudeabläufe dürfen am Abwasserkanal nicht angeschlossen werden.

Sämtliche Bauvorhaben sind an die öffentliche Abwasseranlage und an die zentrale Wasserversorgungsanlage anzuschließen.

Eine Versickerung des Niederschlagswassers über belastete Auffüllungen ist nicht zulässig. Kontaminierte Auffüllungen im Bereich von evtl. geplanten Versickerungsanlagen sind entsprechend den Sicherwegen vollständig auszutauschen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Die ZO-Werte der LAGA-Boden sind dabei einzuhalten. Dies ist durch Sohl- und Flankenbehebungen zu belegen. Der Parameterumfang ist mit dem Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt im Vorfeld abzustimmen. Als Auffüllmaterial darf nur schadstofffreies Material (z. B. Erdaushub, Sand, Kies usw.) verwendet werden.

Falls der Einbau von Recycling-Bauschutt aus aufbereitetem Bauschutt und Straßenaufbruch in technischen Bauwerken für den Erd-, Straßen- und Wegebau geplant ist, sind die Vorgaben des Leitfadens „Anforderungen an die Verwertung von Bauschutt in technischen Bauten“ vom 15. Juni 2005 zwingend zu beachten.

Die erforderlichen Maßnahmen sind durch einen fach- und sachkundigen Sachverständigen (Bereich Bodenschutz) in Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt festzulegen, die notwendigen Untersuchungen durchzuführen, die fachgerechte Ausführung zu überwachen sowie die gewerteten Ergebnisse in einem Bericht zusammenzufassen, der dem Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen und dem Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt zugeht und unter anderem folgende Angaben enthält: Ausmaß der Verschmutzung, Lage des dichteren Containers oder auf befestigter Fläche mit vorhandener Schmutzwasserleitung, zwischen zu lagern, zu untersuchen und nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse ordnungsgemäß zu entsorgen.

4. Abwasserbeseitigung  
Das Baugebiet ist dann mittels eines Trennsystems (gemäß WHG, Stand 01.03.2010) abwasserrechnerisch zu erschließen.  
Das Bauvorhaben ist an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen.  
Eine Verriegelung der Geländeoberflächen ist soweit möglich zu vermeiden.  
Die Niederschlagswasserabfuhr in das öffentliche Kanalnetz ist grundsätzlich unter Beachtung des DWA-Merkblattes M 153 möglichst über belebte Bodenzonen (z. B. Muldenversickerung) breitflächig zu versickern. Auf die Niederschlagswasserfreisetzungsvorschrift (NWRFV), bzw. die Änderung zum 11.09.2008 und die entsprechenden aktuellen Änderungen des Regens- und Abwasser- (RABW) dazu, wird hingewiesen.  
Eine Versickerung von Regenwasser über belastete Bödenflächen darf nicht erfolgen. Sollte eine Versickerung nicht möglich sein, so ist dies durch entsprechende Nachweise zu belegen.
5. Energie und Klimawandel: Ausdrucklich wird für die neu zu erstellenden Bauwerke der Einsatz von regenerativen Energiequellen (z. B. für Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, Photovoltaik) und energiesparende Bauweisen (z. B. Gebäudesanierung, Passivhäuser) empfohlen. Dabei sind auch die Möglichkeiten der Nutzung erneuerbarer Energien. Änderungen des Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmereich (Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz-EWärmeG) wird ausdrücklich hingewiesen). Für die Hauptgebäude ist durch geeignete Maßnahmen im Niederschlagswasser auszunutzen, damit der max. Heizenergiebedarf von kWh pro qm Wohnfläche im Jahr nicht überschritten wird. Darüber hinaus soll ein möglichst hoher Anteil von regenerativen Energien beim Wärmebedarf angestrebt werden.
6. Belange der Landwirtschaft  
Bei dem Vorhaben ist darauf zu achten, dass die Grenzabstände bei Befäzpfung neben landwirtschaftlich genutzten Flächen bei Aushub des Gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) Art. 48 eingehalten werden. Weiterhin ist die Befäzpfung regelmäßig zurückzusetzen, damit die Bewirtschaftung der Flächen pro dem Befahren der Wege durch die Landwirte auch zukünftig problemlos gewährleistet sind.
7. Den Bauunterlagen ist ein fachgerechter Freiflächengestaltungsplan beizulegen. Inhalt dieses Plans im Maßstab 1:1000, bzw. 1:200 sind Grünflächen sowie befestigte Flächen mit Materialangaben, Höhenangaben des Geländes (mit Höhenangaben sowie Zufahrten), Zugänge, Nischenanlagen und Einfriedungen. Die geplanten Entwässerungsanlagen mit den Angaben zur Versickerung des Niederschlagswassers sowie der Anschluss an das öffentliche Kanalnetz sind hier ebenfalls darzustellen. Dem Plan ist eine Planzetteliste mit den geplanten Gehölzen beizulegen.

## VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 05.12.2017 die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 31.07.2018 ortsüblich bekannt gemacht.
  2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 08.05.2018 hat in der Zeit vom 31.07.2018 bis 03.09.2018 stattgefunden. Darüber hinaus erfolgte eine öffentliche Plandiskussion am 16.08.2018. Die Unterrichtung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB und der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB wurde mit Schreiben vom 30.07.2018 mit Fristsetzung bis 03.09.2018 durchgeführt.
  3. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 09.10.2018 wurde mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 30.11.2018 bis 02.01.2019 öffentlich ausgestellt. Die Unterrichtung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB und der sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 21.11.2018 mit Frist bis zum 02.01.2019 durchgeführt.
  4. Die Gemeinde Gachenbach hat mit Beschluss des Gemeinderats vom 22.01.2019 den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 09.10.2018, redaktionell ergänzt am 22.01.2019, als Satzung beschlossen.
- Ausgefertigt am: ....., den .....
- Gemeinde Gachenbach .....
- .....  
..... A. Lengler, Erster Bürgermeister .....
- (Siegel)
5. Der Satzungsbeschluss wurde am .....2019 gem. § 10 Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2, sowie Abs. 4 und § 215 Abs. 1 BauGB wurde hingewiesen. Der Bebauungsplan einschließlich Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen / Gemeinde Gachenbach zu jedermanns Einsicht bereit gehalten und über dessen Inhalt Auskunft erteilt.

GEMEINDE GACHENBACH - BEBAUUNGSPLAN  
"SONDERGEBIETE FEUERWEHR UND BAUHOFF /  
FLÄCHE FÜR GEMEINBEDARF" M. 1 : 1000

